

flächendeckenden Ausbau der Bahn auch in den Regionen und ein EU-Förderprogramm für das »grüne Schiff«. Dies kann dazu beitragen, auch die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie und auf den Werften zu erhalten.

Das EU-ÖkoZIP und die Programme der Mitgliedstaaten müssen von einer aktiven Bildungs- und Beschäftigungspolitik flankiert werden. Neue Investitionen in Aus- und Weiterbildung, neue Berufsbilder und Qualifikationen sind dafür unerlässlich. Gebäude energiesparender zu machen erfordert, dass Ingenieure und Forscherinnen, Handwerkerinnen und Managementkräfte auf neue Weise zusammen arbeiten, dafür neues Wissen erwerben und sich ständig fortbilden müssen. Es gilt, »Gute Arbeit zu fördern und prekäre Beschäftigung zurückzudrängen.

Neue Finanzierungsquellen erschließen

Die Anschubmittel für das EU-ÖkoZIP können zunächst bereitgestellt werden, indem die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ihre Kreditlinien deutlich erhöhen. Der Förderauftrag beider Banken muss auf weitere Bereiche – zum Beispiel nachhaltige Industriepolitik, und so weiter – ausgeweitet werden. Die Europäische Zentralbank soll EIB und EBRD eine günstige Refinanzierung mit einem Zinssatz von einem Prozent ermöglichen – wie sie es bei anderen Banken bereits tut. Wenn die EU und die Mitgliedstaaten ihre öffentlichen Investitionsprogramme stärker über EIB und EBRD anstatt über den privaten Kapitalmarkt finanzieren, sparen sie Geld, das sie für weitere Investitionen nutzen können. Zusätzliche Mittel können mobilisiert werden, indem im EU-Haushalt ungeschichtet wird – weg von Rüstung, Atomenergie, ökologisch schädlichen Strukturförderungsprogrammen, Flüchtlingsabwehr ...

Die Mitgliedstaaten sollten EIB-Fördermittel gezielt einsetzen, um ökologische Produktion und Dienstleistungen kleiner und mittlerer Unternehmen, Schulen mit kleineren Klassen, gebührenfreies Studieren und verbesserte Bildung, Gesundheitsförderung und -vorsorge, mehr Qualität in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, den Ausbau sozialer Dienste und von Kulturangeboten zu fördern. Der Aufbau umweltverträglicher regionaler Wirtschaftskreisläufe wäre ein weiteres Ziel – denn ein Joghurt muss nicht wie heutzutage 700 Kilometer von der Produktion bis zum Ladenregal zurücklegen.

Jeder in diesen Bereichen klug investierte Euro erzeugt das anderthalb bis zweifache an Einkommens- und Beschäftigungswirkung. Das EU-ÖkoZIP und die Maßnahmenprogramme der Mitgliedstaaten können so weitgehend selbstfinanzierend sein – stabilisierte Beschäftigung, zukunftsfähige Investitionen und neue Arbeitsplätze bringen neue Nachfrage und neue Steuereinnahmen. Lohnsteigerungen und kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich sind nötig, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Binnennachfrage zu stützen.

Um die Finanzierung des ökologischen und sozialen Umbaus zu verstetigen, soll die EU neue Einnahmequellen erschließen. Eine allgemeine EU-Finanzmarkttransaktionssteuer könnte allein jährlich mehr als 100 Mrd. Euro einspielen. Nötig ist auch eine EU-Steuer auf Flugbenzin und die Besteuerung von Rohstoffen bei der Energieerzeugung wie zum Beispiel Kohle, Gas, atomare Brennstäbe usw., durch eine kombinierte EU-Primärenergie- und CO₂-Steuer.

Die Mitgliedstaaten sollten sofort vor allem hohe Vermögen und Erbschaften rigoros besteuern und Steuervermeidung konsequent bekämpfen. Sobald die wirtschaftliche Lage stabilisiert ist, sollten Steuern auf Unternehmensgewinne und hohe Einkommen deutlich erhöht werden, um die Umverteilung der letzten Jahrzehnte von unten nach oben umzukehren. Die Steuerpolitik muss EU-weit endlich wirksam koordiniert und der Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten beendet werden.

Wenn die EU und ihre Mitgliedstaaten mit solchen Maßnahmen Stagnation und Krise überwinden, wird es realistischer, dass auch Haushaltsdefizite und Staatsschulden abgebaut werden können. Dieses auf die mittlere Frist von 5 Jahren angelegte Programm sollte in eine langfristige *integrierte EU-Strategie für Solidarität, Nachhaltigkeit und soziale Integration* münden.


GUE/NGL
VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT
Rue Wiertz 47 | B-1047 Brüssel | Belgien
V.i.S.d.P. Sabine Wils

Mehr Informationen erhalten Sie unter
www.dielinke-europa.eu und www.guengl.eu



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT



Titelbild: istockphoto.com/Ferran Traite Soler

EU 2020 – Top oder Flop?

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



Die neue Strategie »EU 2020« soll für die nächsten zehn Jahre die gescheiterte Lissabon-Strategie der EU ablösen. Sie konzentriert sich auf die drei Schwerpunkte intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum: »die Förderung von Wissen und Innovation, einer emissionsarmen, Ressourcen schonenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaft mit hohem Beschäftigungsniveau sowie sozialem und territorialem Zusammenhalt.« Wie bei der alten Lissabon-Strategie (2000–2010) sind »Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit« die zentralen Ziele, die mit EU 2020 nun eine »grüne« Verpackung erhalten.

EU 2020: Weniger ist mehr?

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben bei ihrem Gipfeltreffen Ende März fünf Ziele für die neue Strategie beschlossen. Darunter sind die altbekannten Ziele der Lissabon-Strategie, eine Beschäftigungsquote von 75 Prozent zu erreichen und die Forschungsausgaben in der EU von 1,9 Prozent auf 3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Auch beim Klimaschutz nichts Neues: Die bereits beschlossenen Klima- und Energieziele wurden beibehalten. Demnach soll der CO₂ Ausstoß um 20 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 gesenkt, der Energieverbrauch um 20 Prozent reduziert und der Anteil erneuerbarer Energieträger an der Energieversorgung auf 20 Prozent gesteigert werden.

Die Europäische Kommission hatte auch Ziele für mehr Bildung vorgeschlagen: Bis 2020 soll der Anteil der Schulabbrecher auf unter 10 Prozent zurückgehen, und

40 Prozent der jungen Menschen eine Hochschulausbildung absolvieren. Ferner soll die Zahl der Armen um 25 Prozent sinken. Zu Bildung und Armut haben die EU-Staats- und Regierungschefs sich nicht auf quantitative Zielvorgaben verständigen können. Endgültig soll darüber auf dem EU-Gipfel im Juni entschieden werden.

Die portugiesische Ratspräsidentschaft wollte die EU in 2000 auf das Ziel verpflichten, bis 2010 die »Armut zu überwinden«. Die EU beschloss dann, »die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen.« Demgegenüber fällt EU 2020 beim Thema Armutsbekämpfung noch stärker zurück, und das obwohl Armut EU-weit in den vergangenen zehn Jahren gestiegen ist.

Strikter Sparkurs bis 2013 und EU 2020: Wie geht das zusammen?

EU 2020 will »mehr Wettbewerbsfähigkeit« erreichen, indem der EU-Binnenmarkt noch stärker liberalisiert, öffentliche Dienste weiter privatisiert und die Arbeitsmärkte noch mehr dereguliert werden sollen. Genau diese neoliberale Politik hat erheblich dazu beigetragen, dass die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sich entwickeln und so hart durchschlagen konnte. Die Ziele der Lissabon-Strategie wurden deshalb nie erreicht.

Längst hat die EU beschlossen, die Konjunkturprogramme der Mitgliedstaaten spätestens in diesem Jahr zu beenden und bis 2013 die Haushaltsdefizite wieder unter 3 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu drücken. Viele Mitgliedstaaten sollen so Kürzungen in ihren öffentlichen Haushalten zwischen 3 und 11 Prozent ihres BIP innerhalb von 2 bis 3 Jahren erzielen. Dies erscheint bei anhaltender Wirtschaftskrise - mit Minuswachstum in vielen Mitgliedstaaten in 2010 und zu erwartender Stagnation für 2011 - als wenig realistisch.

Wenn aber alle Mitgliedstaaten rabiat ihre öffentlichen Ausgaben zurückfahren - woher sollen dann die Investitionen für Anti-Armutprogramme, Bildung, Forschung, Klima- und Energiewende kommen, um überhaupt auch nur die bescheidenen Ziele von EU 2020 erreichen zu können? Der radikale Schuldenabbau würgt die wirtschaftliche Erholung ab, die EU könnte erneut in die Rezession zurückfallen. EU 2020 wird so zum Rohrkreierer.

Zukunftsinvestitionen fördern, jetzt!

Die Europaabgeordneten der LINKEN unterstützen die Position des Europäischen Gewerkschaftsbunds: Die EU braucht jetzt zuallererst eine Strategie für die nächsten 5 Jahre, um Krise und wirtschaftliche Stagnation zu überwinden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss deshalb zumindest solange ausgesetzt werden, bis die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgeführt und eine stabile, umweltverträgliche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung gewährleistet ist. Die EU muss mindestens für die nächsten drei Jahre ein ökologisches und soziales Zukunftsinvestitionsprogramm (EU-ÖkoZIP) von jährlich einem Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts auflagen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und den ökologischen und sozialen Umbau voranzutreiben.

Worum geht es dabei? Nötig sind groß angelegte Programme für Gebäudesanierung, Wärmedämmung und Energiesparen, für den flächendeckenden Umstieg auf eine ökologische Landwirtschaft, für umweltverträgliche und giftfreie Chemieprodukte. Statt längerer Laufzeiten für Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke brauchen wir mehr Investitionen und Innovationen, um Strom- und Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern effizienter und billiger zu machen. Wenn die Sonne nicht so intensiv scheint oder der Wind weniger weht, muss zum Beispiel aus Wind- und Sonnenenergie gewonnener Wasserstoff zur Stromerzeugung zum Einsatz kommen. So können erneuerbare Energien gleichmäßiger in die Netze eingespeist und die Stromversorgung stabiler gemacht werden.

Zweitens geht es um eine nachhaltige Industriepolitik zum Umbau von Krisenbranchen. Beispielsweise müssen Überkapazitäten in der Autoindustrie abgebaut werden - aber nicht, indem Betriebe dicht gemacht und Belegschaften entlassen werden. Bestehende Beschäftigung muss zunächst gesichert und neue Geschäftsfelder erschlossen werden: Motoren für Kraft-Wärme-Kopplung in der Energieerzeugung, emissionsfreie Busse, S- und Regionalbahnen. Statt ungebrochener Förderung des Autowahns geht es auch um umweltgerechte Verkehrsdienstleistungen (Mobilitätszentralen, City-Logistik), die ein besseres Zusammenspiel der Verkehrsträger organisieren und Verkehr vermeiden helfen. Der Wechsel von Beschäftigten aus der Autoindustrie in neu entstehende Tätigkeitsfelder muss durch Qualifizierungsprogramme begleitet und sozial abgesichert werden. Wir fordern deshalb ein Programm »Schiene Europa 2025« für den